

Die Kommission der Europäischen Union drängt darauf, die Emission von Treibhausgasen bis zum Jahr 2020 um deutlich mehr als die bis-

geplanten 20 Prozent zu verringern. Das geht aus den Strategiepapieren der Klimaschutzkommissarin Connie Hedegund und des Energiekommissars Günther Oettinger hervor, die im März vorgestellt wurden. Diese Klimaschutzziele werden nur erreichbar sein, wenn die Kosten minimiert werden, dass heißt, wenn der effizienteste Weg zur Verringerung der Emissionen gewählt wird. Das ist so aufgrund der hohen Erdölpreise, der steigenden Einspeisevergütungen für erneuerbare Energie, der verschärften Konkurrenz um Flächen für die Produktion von Bio-Kraftstoffen und Lebensmittel, der angestrebten Stilllegung von Kernkraftwerken und angesichts der knappen öffentlichen Mittel.

Noch immer werden gegen jede ökonomische Vernunft in großen Still Ressourcen durch Subventionen und widersinnige Vorschriften verschwendet. Der größte Fehler liegt darin, dass die Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Systems nicht systematisch für den Klimaschutz genutzt wird. Das Problem ist bekannt: Ohne Korrektur des Preisystems werden die Kosten der Umwelbelastung in der privaten Kalkulation nicht berücksichtigt. Der Preis für die Umweltnutzung ist zu gering. In der Umweltpolitik wird bevorzugt mit Subventionen, Pro-

## Forum

# Das Ölflecktheorem

Wenn der Staat in ein bestehendes Preissystem eingreift, dann kommt es zu falschen Anreizen

Von Johann Eakhoff

Produktionsvorgaben, Beimischungsvorschriften, Dämmvorschriften und so weiter bis hin zum Verbot von Produkten in die Gütermärkte eingegriffen. Auf diese Weise wird unmittelbar auf das Verhalten der Unternehmen und der Bürger Einfluss genommen.

Subventionen und Anweisungen sind aber besonders teuer und damit ungeeignete Instrumente, um die Preisstruktur zu korrigieren. Mit Subventionen für die Erzeugung erneuerbarer Energie und für die energetische Sanierung von Gebäuden wird die Preisverzerrung, die aus einer fehlenden Berücksichtigung der Kosten von Umwelbelastungen resultiert, nicht behoben, sondern verlagert. So löst beispielsweise die massive Förderung der Herstellung von Ethanol Verwerfungen auf dem Agrarmarkt und den Lebens-

mittelmärkten aus. Dabei bleibt unstritten, ob die Gesamtwirkung auf den Klimaschutz positiv oder negativ ist.

Die erwähnten staatlichen Eingriffe und die allgemeine Steuerung der Wirtschaft über Preise vertragen sich nicht. Nach dem sogenannten Ölflecktheorem, auf das Ökonomen immer wieder hinweisen, kommt es durch unmittelbare staatliche Eingriffe in ein bestehendes Preissystem regelmäßig zu einer Interventionsspirale, zu falschen Anreizen und zur Verschwendung knapper Ressourcen. Ein besonders gutes Beispiel sind technische Vorschriften wie beispielsweise zur Wärmedämmung neuer und bestehender Gebäude: Es werden immer neue und zusätzliche Eingriffe erforderlich, wenn die Technik sich ändert, wenn der Klimaschutz verschärft werden soll, wenn sich

die Kosten als zu hoch erweisen und wenn die Bürger und Unternehmen versuchen, den Eingriffen auszuweichen.

Werden die Umstellungskosten, zum Beispiel bezüglich der Wärmedämmung, für zu hoch gehalten, verkehren sich die Vorschriften sogar ins Gegenteil. Wunden ohne Vorschriften zumindest noch kleine Verbesserungen durchgeföhrt, so umherleibt eine zu stark mit Vorschriften belastete Neubau- oder Modernisierungsinvestition vollständig. Darüber hinaus kann mit der Wärmedämmung kein Einfluss auf die Art der eingesetzten Energie genommen werden. Um dem Klimaschutzziel näher zu kommen, braucht man zusätzliche Vorschriften für den zulässigen Energiemix und es werden Mindestmengen an erneuerbarer Energie vorgeschrieben.

Schließlich muss kontrolliert werden, ob die Vorschriften eingehalten werden. Im Fall von Verstößen muss es ein Mahnverfahren und weitere Kontrollen geben bis hin zur Bestrafung mit einem Bußgeld. Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz sieht bereits Geldbußen bis zu 50 000 Euro vor, wenn etwa „eine unrichtige oder unvollständige Angabe“ gemacht wird. Bis zu 20 000 Euro sind zu zahlen, wenn die Unterlagen nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt werden. Im Interesse eines wirksamen und effizienten Klimaschutzes ist es dringend erforderlich, den Irrweg aus Subventio-

nen, Anweisungen, Kontrollen und Strafen zu verlassen. Nur wenn die Kosten der Umweltschädigung in das Preissystem einfließen, kann die Effizienz der Märkte voll genutzt werden. Geeignete marktconforme Instrumente sind Steuern und Abgaben auf Emissionen sowie der Verkauf von handelbaren Zertifikaten für Emissionsrechte. Dann werden Konsumenten und Produzenten sich bemühen, diese Kosten zu verringern, indem sie weniger Produkte kaufen beziehungsweise herstellen, die mit Emissionen verbunden sind.

Die Bürger und Unternehmer können ganz oder teilweise auf andere Produkte ausweichen und Produktionsverfahren mit geringeren Emissionen wählen. Damit wird sichergestellt, dass der preisgünstigste Weg zur Senkung der Emissionen gewählt wird. Kontrollen und Buß-



Professor Johann Eakhoff ist Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Köln und Präsident des Instituts für Mittelstands-forschung in Bonn. Foto: privat

gelder sind überflüssig, weil die „Strafe im Preis inbegriffen“ ist. Wer keine Anstrengungen unternimmt, die Emissionen zu verringern, zahlt den vollen Preis für die Emissionen. Die erwünschte Verhaltensänderung wird über das Preissystem statt über Vorschriften und Zwangsmaßnahmen gesteuert. Dann werden Emissionen dort verringert, wo das mit den geringsten Kosten verbunden ist.

Auf der Grundlage des korrigierten Preissystems werden die Anbieter von Energie im Wettbewerb für eine effizientere, also kostengünstigere Erzeugung von Energie sorgen. Gleichzeitig kann die Energiepolitik eine hohe Versorgungssicherheit anstreben, ohne mit den klimapolitischen Zielen in Konflikt zu geraten, weil Emissionskosten automatisch berücksichtigt werden. Der sinnvollste Energiemix ergibt sich dann anhand der Erzeugungskosten – einschließlich der unterschiedlichen Emissionskosten – und der Auflagen zur Versorgungsicherheit. Wegen der höheren Effizienz im Energiesektor wird mit gleichen Kosten mehr Klimaschutz möglich.

Die Steuerung des Klimaschutzes über Steuern und Abgaben oder über den Verkauf von Emissionszertifikaten hat den weiteren Vorteil, dass staatliche Einnahmen erzielt werden, die keinen negativen Einfluss auf die Beschäftigung haben, sondern gesellschaftlich erwünschelte Wirkungen auslösen.